

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 61/0660/WP18
Federführende Dienststelle: FB 61 - Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 31.03.2023
		Verfasser/in:
Genehmigung der Niederschrift vom 23.03.2023		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
20.04.2023	Mobilitätsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 23.03.2023.

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Mobilitätsausschusses und des AVV-Beirats

28. März 2023

Sitzungstermin: Donnerstag, 23.03.2023
Sitzungsbeginn: 17:07 Uhr
Sitzungsende: 20:09 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsherr Peter Blum

Ausschussvorsitzender

Ratsfrau Karin Schmitt-Promny

Vertretung für: Ratsfrau Monika
Annette Wenzel

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Ratsherr Wilfried Fischer

Ratsherr Daniel Hecker

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsherr Tjark Zimmer

Herr Stefan Dussin

Herr Burkhard Fahl

MA/26/WP18

Ausdruck vom: 28.03.2023

Seite: 1/16

Herr Christian Hofmann
Herr Jörg Hans Lindemann
Herr Dr. Andreas Nositschka
Herr Dr.-Ing. Jan van den Hurk
Frau Lis Weilandt

Herr Julian Kistner
Herr Rolf Winkler

Vertretung für: Herrn Nicolai Vincent
Radke

Vertretung für: Frau Ye-One Rhie

vom Beirat:

Frau Kathrin Driessen, ASEAG
Herr Joachim Adler, ASEAG
Herr Hans-Peter Geulen, AVV
Frau Katrin Bünten, AVV

von der Verwaltung:

Frau Frauke Burgdorff, Dez. III
Herr Uwe Müller, FB 61
Herr Daniel Schuster, FB 60
Herr Gert Kempf, FB 61
Frau Birgit Ritz, FB 60
Herr Harald Beckers, FB 13
Frau Sophia Segadlo, FB 61
Herr Max Geulen, FB 61
Frau Karen Roß-Kark, FB 36
Herr Karl-Heinz Dohmen, FB 20

als Schriftführerin:

Frau Silke Retterath

MA/26/WP18

Ausdruck vom: 28.03.2023

Seite: 2/16

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift vom 23.02.2023**
Vorlage: FB 61/0620/WP18

- 3 **Einführung Deutschlandticket**
Vorlage: AVV/0070/WP18

- 4 **Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV-Tarif)**
Tariffortschreibung AVV zum 01.07.2023
Vorlage: AVV/0071/WP18

- 5 **Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (VRS-Tarif)**
Tariffortschreibung VRS-Tarif zum 01.07.2023
Vorlage: AVV/0072/WP18

- 6 **Grundlagenvertrag multimodaler Vertrieb**
Vorlage: AVV/0073/WP18

- 7 **AVV Sachstand Projekt "Regiotram" (mündlich)**

- 8 **Bericht aus der Euregionalen Koordinierungsstelle**
Vorlage: AVV/0074/WP18

- 9 **AVV Verschiedenes**

- 10 **Sachstandsbericht Netzwerk Mobilitätswende Region Aachen (NEMORA)**
Vorlage: FB 61/0624/WP18
- 11 **Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) Aachen - Haaren:**
Uferweg Wurm-Haarbachau und Umgestaltung "Tuchmacherweg" hier:
Ausführungsbeschluss
Vorlage: FB 36/0262/WP18
- 12 **Sachstand Rad-Vorrang-Route Vaals**
Vorlage: FB 61/0625/WP18
- 13 **Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen durch**
Hinzuziehung der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe; auch Ratsantrag
128/18 der SPD – Fraktion, „Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Menschen
mit Behinderung in den Fachausschüssen“
Vorlage: FB 56/0223/WP18
- 14 **Verbesserung der Erreichbarkeit des Freibades Hangeweiher unter Berücksichtigung der**
zukünftigen P+R-Nutzung am Parkplatz in der Hermann-Löns-Allee – Sachstandsbericht
Vorlage: FB 61/0623/WP18
- 15 **Mündlicher Zwischenbericht zur Stellplatzsatzung durch FB 60**
- 16 **„Kapellenplatz“ Burtscheid,**
hier: aktueller Planungsstand und nächste Schritte
Vorlage: FB 61/0614/WP18
- 17 **Beschilderung Schrittgeschwindigkeit in Fußgängerzonen**

18 Mitteilungen der Verwaltung

Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen der Verwaltung:

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Blum eröffnet die Sitzung leicht verspätet um 17:07 Uhr und fragt ab, ob es Anträge zur Tagesordnung gebe. Der Ausschussvorsitzende Blum stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest, was von niemandem beanstandet wird.

Ratsherr Hecker beantragt, den Punkt „Genehmigung der Niederschrift“ ans Ende der Sitzung zu verschieben, da noch nicht alle Mitglieder vollständig anwesend seien.

Dies wird einstimmig angenommen.

Es wird einstimmig abgestimmt, die Beratung der von Frau Beigeordneter Burgdorff vorab versandten gemeinsamen Resolution der NRW-Aufgabenträger für eine nachhaltige Finanzierung des Nahverkehrs auf die nächste Tagesordnung des Mobilitätsausschusses zu setzen um den Fraktionen eine adäquate Vorbereitungszeit zu ermöglichen.

MA/26/WP18

Ausdruck vom: 28.03.2023

Seite: 5/16

zu 2 Genehmigung der Niederschrift vom 23.02.2023

Vorlage: FB 61/0620/WP18

Ratsfrau Breuer hat eine Anmerkung zu der von ihr protokollierten Aussage auf Seite 8 der Niederschrift, wonach sie die von Frau Beigeordneten Burgdorff ausgesprochene klare Aussage in Bezug auf die Belastungen der Mitarbeitenden begrüße. Dies habe sie zwar so gesagt, allerdings fehle der darauf folgende Hinweis von ihr, dass man dann aber auch aufhören müsse, an anderer Stelle überall gleichzeitig Baustellen in Aachen einzurichten und die Straße aufzubuddeln. Zudem sei ihre Aussage unabhängig von dem TOP der Beleuchtung Radweg Monschauer Straße zu verstehen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 23.02.2023.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei drei Enthaltungen

zu 3 Einführung Deutschlandticket

Vorlage: AVV/0070/WP18

Herr Geulen vom AVV präsentiert zum Thema und eröffnet damit die Sitzung des AVV-Beirats. Ausschussvorsitzendem Blum ist nicht ganz klar, wie vorgesehen ist, die sich andeutenden regionalen Preisunterschiede aufzufangen.

Ratsherr Fischer betont, dass man zwar auf jeden Fall im Hintergrund noch viele Dinge regeln müsse, die Finanzierung zum jetzigen Zeitpunkt jedoch zunächst einmal stehe. Natürlich beinhalte das Ticket nicht alle Sonderwünsche und Konstellationen, es sei jedoch sehr günstig. Für die spätere Finanzierung werde man auch Möglichkeiten finden, so dass er davon ausgehe, dass das Ticket nicht zu Lasten der Kommunen gehe. Von der ASEAG möchte er wissen, ob diese die Absicht habe, die Stammkund*innen anzuschreiben und auf das Ticket aufmerksam zu machen.

Dies wird von Herrn Adler verneint. Man habe sich der Naveo Kampagne angeschlossen, zudem Zeitungsannoncen, Plakate, Flyer und die MovaApp genutzt, so dass er davon ausgehe, dass das Ticket allgemein bekannt sei. Allerdings sähen die Richtlinien eine aktive Willenserklärung der Kund*innen vor, man könne also nicht automatisch die Tickets umstellen.

Auch Ratsherr Neumann sieht das Ticket als eine Art kleine Revolution. Nicht nur, weil es so günstig sei, sondern auch, weil man hier sowohl mobilitäts-, als auch umwelt- und sozialpolitisch viel bewirke. Der Kritik an den unterschiedlichen Regelungen der Bundesländer schließe er sich an und regt zudem an, gerade im Bereich des Semestertickets weiter nach der Lösung zu suchen.

Dem schließt sich Herr van den Hurk an, der von einem historischen Meilenstein spricht. Zwar gebe es im Bereich der Sondertickets durchaus noch Hausaufgaben zu erledigen, trotzdem handele es sich bereits jetzt um eine hervorragende Leistung.

Ratsfrau Schmitt-Promny lobt den AVV für seine Herangehensweise, das Ganze als Prozess und nicht als Endprodukt zu sehen.

Sie regt zudem an, dass auf den Naveo- Plakaten deutlicher hervorgehoben werde, dass es sich hierbei um ein Angebot der Fahrgastverbände handele. Dem anstehenden Interessensausgleich sieht sie gespannt entgegen.

Herr Lindemann zeigt sich indes skeptisch, dass es auf Dauer bei dem Preis von 49€ bleibe. Viele der Voraussetzungen seien noch nicht endgültig geklärt.

Ratsfrau Breuer weist noch einmal darauf hin, dass nicht alle Nutzer*innen des Deutschlandtickets auch zwingend vom Auto auf den ÖPNV umstiegen. Das Ticket rechne sich durchaus auch für nur wenige private Fahrten zusätzlich zu den täglichen Gewohnheiten.

Auch Herr Hofmann begrüßt das Ticket. Er möchte gerne vom AVV wissen, wie die Regelungen bei grenzüberschreitenden Fahrten aussähen.

Es gebe ein europäisches Projekt, berichtet Herr Geulen vom AVV. Abschließend sei zwar noch nicht alles geklärt, man befinde sich aber natürlich gerade mit den Kommunen Vaals und Kerkrade in gutem Austausch. Zu den regionalen Unterschieden verweist er auf die unterschiedlichen finanziellen Mittel, die die einzelnen Bundesländer bereitstellen würden. Zudem sei man in Bezug auf die Tarifmerkmale wie Fahrradmitnahme und dergleichen ebenfalls noch in der Abstimmung.

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und stimmt der Einführung des Deutschlandtickets zum 01.05.2023 unter den beschriebenen Rahmenbedingungen zu. Weiterhin empfiehlt der Beirat der Verbandsversammlung eine entsprechende Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 4 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV-Tarif)

Tariffortschreibung AVV zum 01.07.2023

Vorlage: AVV/0071/WP18

MA/26/WP18

Ausdruck vom: 28.03.2023

Seite: 7/16

Frau Büntgen vom AVV stellt die vorgesehenen Preiserhöhungen vor.
Herr Nositschka sieht das Ganze als eine Art nachlaufende Inflation. Es habe schon genügend Preissteigerungen für die Kund*innen gegeben, so dass er dem Beschluss nicht zustimmen werde.
Ratsherr Neumann sieht davon unabhängig auch Preissenkungen zum Beispiel mit dem gerade vorgestellten Deutschlandticket, so dass er die Anpassungen für vertretbar halte.

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen stimmt der tariflichen Ausgestaltung der bereits beschlossenen Fortschreibung des AVV-Tarifs (2. Stufe 2023) zum 01.07.2023 im beschriebenen Umfang zu.

Abstimmungsergebnis:

2 Ablehnungen, 14 Zustimmungen

zu 5 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (VRS-Tarif)

Tariffortschreibung VRS-Tarif zum 01.07.2023

Vorlage: AVV/0072/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen stimmt der Tariffortschreibung des VRS zum 01.07.2023 wie vorgelegt zu.

Abstimmungsergebnis:

2 Ablehnungen, 14 Zustimmungen

zu 6 Grundlagenvertrag multimodaler Vertrieb

Vorlage: AVV/0073/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 7 AVV Sachstand Projekt "Regiotram" (mündlich)

Herr Geulen verweist auf die online stattfindende Infoveranstaltung am 27. März 2023, zu der alle Ausschussmitglieder eingeladen wurden.

Beschluss:

Der regionale AVV Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 8 Bericht aus der Euregionalen Koordinierungsstelle

Vorlage: AVV/0074/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 9 AVV Verschiedenes

Ratsherr Fischer regt an, die vielen Nutzer*innen unbekannte Mobilitätsgarantie bekannter zu machen, in dem man beispielsweise auf Fahrplanaushängen und an Infotafeln in Bushaltestellen entweder mittels eines kurzen Textes oder eines QR-Codes darauf hinweise.

zu 10 Sachstandsbericht Netzwerk Mobilitätswende Region Aachen (NEMORA)

Vorlage: FB 61/0624/WP18

Mit der Beratung zu diesem TOP beginnt die Sitzung des Mobilitätsausschusses und endet die Sitzung des AVV-Beirates.

Inhaltlich gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 11 Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) Aachen - Haaren: Uferweg Wurm-Haarbachau und Umgestaltung "Tuchmacherweg" hier:

Ausführungsbeschluss

Vorlage: FB 36/0262/WP18

Frau Roß-Kark präsentiert zum Thema.

Ratsherr Neumann freut sich, dass man hier Wasser wieder sichtbar mache, es werde aus seiner Sicht eine schöne Ecke, wenn die Planungen umgesetzt seien.

Seinen Dank an die Verwaltung und an die Kommission Barrierefreies Bauen spricht Herr van den Hurk aus. Er möchte gerne von der Verwaltung wissen, warum man die Kommission nicht bereits früher in die Planungen einbezogen habe.

Frau Roß-Kark berichtet, dass dies einzig aus Zeitgründen nicht früher habe stattfinden können. Man habe bereits mit vielen Fachabteilungen zusammen gearbeitet, werde jedoch jetzt auch noch das Gespräch zur Kommission suchen und habe zudem auch bereits erste Anregungen nachjustiert.

Dank kommt ebenfalls von Herrn Nositschka, der sich jedoch enttäuscht zeigt, dass man 27 Bäume fälle und nur 40 nachpflanze. Die neu gepflanzten Bäume hätten nicht die gleiche Klimawirkung wie die alten ausladenden. Ob es nicht möglich sei, die Wegführung an die vorhandenen Bäume anzupassen. Er plädiert dafür, den vorgesehenen Beschluss nicht zu fassen, sondern das Thema an die Verwaltung zurückzuverweisen und um Prüfung anderer Lösungen zu bitten.

Ratsfrau Schmitt-Promny schließt ihrem Dank die Frage an, ob eine Wegeverbindung von Haaren in die Soers geplant sei.

Dies sei sowohl mit dem Rad, als auch zu Fuß möglich berichtet Frau Roß-Kark. Zu den Baumfällungen versichert sie, dass man sehr behutsam bei der Frage vorgegangen sei, welche Bäume weichen müssten. Es handele sich hierbei um Fällungen aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht und sie könne berichten, dass es sich nicht um große imposante Bäume handele, die dort weg kämen. Man habe durchaus mit den neu gepflanzten Bäumen eine bessere Baumbilanz.

Dank kommt auch von Ratsherr Hecker für die gute Planung. Er berichtet, dass in Haaren bereits jetzt einige zusätzliche Bäume gepflanzt worden seien.

Ratsherr Breuer merkt an, dass er sich freuen würde, wenn man noch einmal verstärkt auf heimische Baumarten zurück greifen würde bei solchen Planungen.

Beschluss:

Der **Mobilitätsausschuss** nimmt den Bericht der Verwaltung über die zusammenhängende Ausführungsplanung (Tuchmacherweg | Wurm-Haarbach-Aue) zur Kenntnis. Er beschließt die vorliegende Ausführungsplanung zur Neugestaltung des Tuchmacherwegs und beauftragt die Verwaltung mit deren Umsetzung. Er empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz, die Verwaltung darüber hinaus mit der Umgestaltung aller weiteren in der Vorlage und den beigefügten Plandarstellungen erläuterten Maßnahmen rund um die Wurm-Haarbach-Aue, zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

1 Ablehnung, 15 Zustimmungen

zu 12 Sachstand Rad-Vorrang-Route Vaals

Vorlage: FB 61/0625/WP18

Herr Geulen von der Verwaltung präsentiert zum Thema.

Ratsfrau Schmitt-Promny freut sich, dass die Realisierung der Route nunmehr starte und merkt an, dass in Abschnitt 2 der Planung die dort wachsenden Sträucher viel mehr beschnitten und gerodet werden müssten. Dann wäre der Weg vermutlich auch nicht zu schmal.

Bei den Planungen, einige Parkplätze wegfällen zu lassen, gibt sie zu bedenken, dass sich in dem Bereich einige Sportflächen befänden, deren Nutzer*innen ebenfalls berücksichtigt werden müssten.

Man solle die Planung beibehalten, die Fahrradstraßen über Nebenstraßen zu führen, findet Herr Lindemann. Er hält die Planung über die Welkenrather Straße für richtig, im Westpark habe es für zu viele Konflikte zwischen den Nutzer*innen gesorgt. Er würde gerne von der Verwaltung wissen, wie es hinter der niederländischen Grenze weitergehe.

Herr Geulen berichtet, man habe im Bereich der Alten Vaalser Straße ein grenzüberschreitendes Projekt mit den Niederländern laufen. Im Bereich der Vaalser Straße schließe sich hinter der Grenze die neu renovierte Maastrichter Laan an, die ebenfalls über einen Schutzstreifen verfüge.

Frau Beigeordnete Burgdorff bekräftigt dies, man sei in intensiven Gesprächen gerade mit den Nachbar*innen aus Vaals, werde das Thema aber auch noch einmal gerne mitnehmen.

Ratsfrau Schmitt-Promny weist zudem auf die aus ihrer Sicht drohende Gefahr ausfahrender PKW an den Supermärkten auf der Weststraße hin. Man könne diese Gefahr eventuell durch Stoppschilder oder eine farbliche Hervorhebung der Straße abmildern.

Ratsherr Neumann hält die Radvorrang-Route für einen sehr wichtigen Baustein. Er empfinde persönlich die Ausweichstrecke vom Westpark weg auf die Welkenrather-Straße für eine gute Idee.

Herr Lindemann regt an, ob man nicht lieber die Alte Vaalser Straße als Radvorrang-Route bezeichnen wolle. Ratsfrau Schmitt-Promny weist dabei darauf hin, dass man diese Diskussion bereits vor einigen Monaten gehabt habe und dass es sich bei der jetzigen Regelung um das eindeutige Votum der Radfahrer*innen handele.

Herr Hofmann weist darauf hin, dass aus seiner Sicht die Maastrichter Laan nach dem Umbau nicht mehr sehr fahrradfreundlich sei, erst recht nicht für Familien mit Kindern.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 13 Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen durch Hinzuziehung der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe; auch Ratsantrag 128/18 der SPD – Fraktion, „Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Menschen mit Behinderung in den Fachausschüssen“

Vorlage: FB 56/0223/WP18

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Blum weist auf die geänderte Beschlussfassung im gestrigen Rat hin und empfiehlt dem Ausschuss einen gleichlautenden Beschluss für den Mobilitätsausschuss zu treffen.

Herr Fahl regt an, dass die Verwaltung überlegen solle, wie man die Kommission Barrierefreies Bauen besser einbinden könne.

Ratsfrau Breuer empfindet die Kommission im Mobilitätsausschuss indes immer gut und frühzeitig eingebunden. Man erhalte ja auch die relevanten Auszüge aus der Niederschrift immer schriftlich vor jeder Sitzung zur Kenntnis.

Ratsherr Neumann sieht die jetzige Lösung als Zwischenlösung an, nichts desto trotz begrüße er den Beschluss.

Beschluss:

Der **Mobilitätsausschuss** nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, im Rahmen der politischen Partizipation soweit gesetzlich möglich Vertreter*innen der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe bis zum Ende der 18. Wahlperiode im Ausschuss zu Beratungen hinzuziehen. Dabei ist eine sitzungsbezogene Entsendung erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 14 Verbesserung der Erreichbarkeit des Freibades Hangeweiher unter Berücksichtigung der zukünftigen P+R-Nutzung am Parkplatz in der Hermann-Löns-Allee – Sachstandsbericht
Vorlage: FB 61/0623/WP18**

Ratsherr Breuer zeigte sich aus dem Sportausschuss nicht gänzlich zufrieden. Er bitte die Verwaltung darum, in einem Jahr noch einmal P+R Zahlen vorzustellen Prüfen solle die Verwaltung zwischenzeitlich, ob die Möglichkeit bestünde, auf dem Gelände des Hangeweiher Fahrradabstellanlagen zu installieren. Die ÖPNV Anbindung empfinde er als positiv.

Auch Herr Fahl dankt für die gute ÖPNV Anbindung. Da es sich beim Hangeweiher um Aachens einziges Freibad handele, müsse aus seiner Sicht die Erreichbarkeit aus allen Stadtteilen sichergestellt werden, so dass er sich eine neue Querverbindung der Linie 4 wünsche. Hier gebe es noch einiges an Entwicklungspotenzial.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 15 Mündlicher Zwischenbericht zur Stellplatzsatzung durch FB 60

MA/26/WP18

Ausdruck vom: 28.03.2023

Seite: 13/16

Frau Beigeordnete Burgdorff stellt die neue stellvertretende Fachbereichsleitung des FB 60, Frau Ritz, vor.

Diese präsentiert sodann zum Sachstand der neuen Stellplatzsatzung.

Dank dafür erhält sie von Ratsherr Neumann, der sich erfreut zeigt, dass die Verwaltung das Thema so groß denke, schließlich handele es sich um ein wichtiges Instrument der Mobilitätswende.

Er frage sich jedoch, ob bei dem umfangreichen Zeitplan unter dem Aspekt der Zieldefinition nicht auch noch einmal eine erneute politische Beteiligung notwendig sei.

Herr Lindemann möchte von der Verwaltung wissen, wer als Bauherr*innen definiert sei. Je nach dem, ob man diejenigen definiere, die in den Häusern wohnten oder die, denen sie gehörten, bekäme man sicherlich unterschiedliche Aussagen zum Thema.

Ratsherr Breuer fragt sich, was das Ziel des Projektes sei: Eine rechtssichere Satzung oder eine andere Denke?

Frau Beigeordnete Burgdorff erläutert, man habe das Ziel, eine rechtssichere Satzung mit einer guten Richtung für die Mobilitätswende zu schaffen.

Man dürfe die Freiberufler und Solo-Selbstständigen nicht vergessen, mahnt Ratsherr Hecker an.

Herr Schuster von der Verwaltung beantwortet die Fragen, dass man in jedem Fall die Politik noch einmal mit einbeziehe. Ob über Berichte in den Gremien oder Workshops könne man dann noch entscheiden.

Das Problem der Bauherr*innen sei ihnen bewusst, man werde daher die von dort gewonnen Antworten mit fachlichen Einschätzungen ergänzen und anschließend zu einer systematischen Bewertung kommen. Entscheidungsberechtigt über die Satzung sei schlussendlich der Planungsausschuss und der Rat, man werde den Mobilitätsausschuss aber auf Grund der Inhalte weiterhin integrieren.

Man habe mit Hilfe von professionellen Partnern ein sehr heterogenes Feld erschaffen, in dem auch Kleininvestoren und Freiberufler gut vertreten seien.

Ratsfrau Breuer gibt zu bedenken, dass jeder auf Privatgrund geschaffene Stellplatz den öffentlichen Straßenraum leerer mache.

Die Ambivalenz sei ihnen bewusst so Beigeordnete Burgdorff. Man müsse ebenfalls Umweltbelange und Mobilitätsbelange unter einen Hut bekommen und wolle sich im Herbst noch einmal mit einem guten Papier beim Ausschuss melden.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

MA/26/WP18

Ausdruck vom: 28.03.2023

Seite: 14/16

**zu 16 „Kapellenplatz“ Burtscheid,
hier: aktueller Planungsstand und nächste Schritte
Vorlage: FB 61/0614/WP18**

Ratsfrau Breuer zeigt sich erfreut über das Projekt.

Von Ratsherr Neumann kommen noch einige kleine Anmerkungen an die Verwaltung:

Man sehe einen Bedarf an Fahrrad- und Lastenradparkplätzen im Bereich der Hausnummern 36-42.

Zudem solle die Verwaltung über einen geschäftsberuhigten Bereich in der Kapellenstraße nachdenken.

Weiterhin solle man aus Sichtgründen einmal die Planungen der Längsparkplätze und der Parkplätze vor Haus Nummer 35 prüfen.

Beschluss:

Die Mobilitätsausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 17 Beschilderung Schrittgeschwindigkeit in Fußgängerzonen

Ratsantrag der SPD-Ratsfraktion vom 08.09.2022

Vorlage: FB 61/0617/WP18

Herr van den Hurk dankt für die Vorlage. Auch wenn man sich rechtlich mit dem Ergebnis arrangieren müsse, bleibe aus seiner Sicht ein kommunikativer Bedarf was den Begriff „fahrradfrei“ angehe. Man solle also überlegen, was sonst möglich sei. Aus seiner Sicht könne man das Thema zum Beispiel in der Verkehrssicherheitskampagne thematisieren oder über eine pädagogische Beschilderung nachdenken, um den vorhandenen Beschwerden zu begegnen.

Man habe das Ganze auch schon in der Bezirksvertretung Haaren diskutiert so Ratsherr Hecker. Auch er plädiert dafür über andere Schilder, wie sie zum Teil auf Autobahnen zum Beispiel vor den Gefahren des Telefonierens am Steuer hinweisen würden, nachzudenken

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis, wonach eine zusätzliche Ausschilderung der Schrittgeschwindigkeit in Fußgängerzonen nicht zulässig ist, weil diese bereits im Fußgängerzonenschild inkludiert ist.

Abstimmungsergebnis:

MA/26/WP18

Ausdruck vom: 28.03.2023

Seite: 15/16

Einstimmig

zu 18 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Müller weist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen der Verwaltung zu den Themen „Sachstand Radvorrang-Route Brand“, „Aktueller Planungsstand Bismarckstraße“ und „Festbeschilderung Templergraben“ hin.

Ratsfrau Breuer fragt an, warum man mit der Beschilderung am Templergraben nicht bis zur Auswertung der Daten des Reallabors in wenigen Wochen warte.

Herr Müller erklärt, man gehe mit der Festbeschilderung auf Beschwerden der Bürger*innen ein, dass die derzeitigen provisorischen Hinweise nicht immer an der richtigen Stelle seien oder kaputt seien. Es handele sich hierbei nicht um eine dauerhafte Beschilderung.

Genau so wirke es jedoch, so Herr Hofmann, auch wenn er Herrn Müller glaube, dass dies vermutlich nicht die Intention hinter der Handlung sei.

Frau Beigeordnete Burgdorff verweist ebenfalls auf die an die Stadt herangetragenen Gefährdungshinweise, die eine Reaktion erforderten und die dazu geführt hätten, dass man nunmehr diesen Weg gehe.

Anschließend präsentieren Herr Müller und Frau Segadlo zu den Themen Fahrradabstellflächen/ Fahrradgaragen und Kleinstmaßnahmen.

Nichtöffentlicher Teil

zu 1 Mitteilungen der Verwaltung:

Es gibt keine Wortmeldungen.

Blum
Ausschussvorsitzender

Retterath
Schriftführerin

Gesehen

Keupen
Oberbürgermeisterin

MA/26/WP18

Ausdruck vom: 28.03.2023

Seite: 16/16